



Polizei | 02.08.2016 | Nr. 369/2016

Axel Bernstein: Die Fürsorge des Innenministers gilt allein ihm selbst

Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, hat die heute (02. August 2016) von Innenminister Stefan Studt vorgebrachte Begründung für die Versetzung des Leiters der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung als abwegig bezeichnet:

„Wenn der Innenminister von einer auch aus Fürsorgegesichtspunkten getroffenen Maßnahme spricht, dann zielt diese Fürsorge ausschließlich auf Studt selbst. Wieder einmal schiebt er einem seiner Beamten namentlich die Schuld zu. Dieser Minister flieht aus der Verantwortung, wann immer in seinem Haus Schwierigkeiten auftreten“, erklärte Bernstein in Kiel.

Das werde bereits daraus deutlich, dass in der Pressemitteilung des Ministers die Aufarbeitung des Falles der Sexismus- und Rassismuskorruptionen erst in dem Moment beginne, in dem die Oberste Disziplinarbehörde des Innenministeriums „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens“ gesehen habe.

„Damit versucht Studt, sein Ministerium reinzuwaschen und das frühere Absehen von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens allein dem Leiter anzulasten. Tatsächlich ist diese Entscheidung auf Empfehlung von Studts Ministerium erfolgt. Über diese aus einem Ausschussprotokoll eindeutig hervorgehende Tatsache verliert der Minister kein Wort“, so Bernstein.

(Link zum Ausschussprotokoll siehe unten, ab Seite 13):

Auch bei der Beschreibung der Mängel im Einstellungsverfahren 2016 sehe der Innenminister allein und ausschließlich den Leiter der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung in der Verantwortung.

„Für mich ist schwer vorstellbar, dass der Leiter einer Polizeidirektion ohne Kenntnis des Ministeriums so weitreichende Entscheidungen trifft. Wir werden prüfen, ob der Innenminister auch in diesem Fall seinen Teil der Verantwortung lieber verschweigen will“, so Bernstein.

Link zum Ausschussprotokoll

http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl18/aussch/iur/niedersch rift/2016/18-130_05-16.pdf